

Verlässliche Rahmenbedingungen für einen fairen Strukturwandel in der Lausitz!

Forderungen der DGB Bezirke Berlin-Brandenburg und Sachsen anlässlich des DGB-Lausitz-Dialoges am 1. Dezember 2021:

Die drei künftigen Koalitionsparteien streben einen beschleunigten Kohleausstieg schon bis 2030 an. Gleichzeitig wird den betroffenen Regionen solidarische Unterstützung zugesichert, indem die Maßnahmen des Strukturstärkungsgesetzes vorgezogen bzw. beschleunigt werden sollen. Diesen Ankündigungen begegnen wir mit folgenden konkreten Forderungen:

1. Die Dekarbonisierung und die gleichzeitig fortschreitende Digitalisierung führen zu einem grundlegenden Technologiewandel. Dafür braucht es verlässliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sowie Beteiligungsmöglichkeiten für die Beschäftigten. Dies muss dort besonders schnell umgesetzt werden, wo der Wandel konkret wird – zuallererst in den Kohlerevieren.
2. An den mit dem Kohleausstiegsgesetz vereinbarten Strukturgeldern darf es keinerlei Abstriche geben, auch nicht auf Politikebene vereinbarte andere Abflüsse oder Verwendungen. Die Gelder müssen zudem zuverlässig und zielgenau für die Transformation von Arbeit eingesetzt werden. Ein Vorziehen des Kohleausstiegs benötigt zusätzliche Mittel und bedarf schnellerer Genehmigungsverfahren. Wir begrüßen, dass die Koalition die Mittel für den Strukturwandel dem veränderten Zeitplan anpassen will. Hier sollten aber nicht nur allgemeine Zusicherungen erfolgen, sondern wir fordern für besonders hervorgehobene Projekte klare zeitliche Zusagen.
3. Die Vergabe der im Strukturstärkungsgesetz festgeschriebenen Mittel muss sich immer an den Merkmalen „Guter Arbeit“ orientieren. Schaffung und Erhalt von tariflich bezahlten Arbeits- und Ausbildungsplätzen insbesondere im Bereich der Industrie und im Dienstleistungssektor müssen im Mittelpunkt der Investitionen stehen. Fachkräftesicherung, langfristige Ansiedlung von Forschungseinrichtungen sowie den Erhalt und Ausbau von Bildungseinrichtungen sehen wir dafür als zentrale Voraussetzung.
4. Wir fordern transparente und nachvollziehbare Kriterien für die Vergabe der Strukturstärkungsmittel in Brandenburg und Sachsen. Die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehören dabei in die erste Reihe! Dies ist bislang leider nicht gesichert, weder in Sachsen noch in Brandenburg. Notwendig sind dafür verbindliche Zugänge von Vertretungen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu den relevanten Gremien und verbindliche Regeln zur Beteiligung und Mitbestimmung an Entscheidungen.
5. Beschäftigungs- und Standortsicherung müssen absolute Priorität haben. Das heißt: Die jetzigen Beschäftigten an den Kraftwerksstandorten und natürlich die Unternehmen selbst brauchen schnell verlässliche Perspektiven, bevor es zur Abschaltung kommt. Dies gilt mit Blick auf die Versorgungssicherheit, auf betriebswirtschaftliche Planbarkeit sowie vor allem die Zukunftssicherung der Kolleginnen und Kollegen.
6. Der Rückbau der Kohlekraft muss mit Versorgungssicherheit durch Erneuerbare Energien sowie Gas- bzw. Hybridkraftwerke konform gehen. Eine vorzeitige Stilllegung von Anlagen darf weder die Versorgungssicherheit noch die Netzstabilität gefährden. Wir fordern, dass Energie, Strom und Wärme für Unternehmen und Privathaushalte bezahlbar bleiben. Andernfalls droht uns ein massiver Verlust von Industriearbeitsplätzen und der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft geht verloren.

7. Wir begrüßen, dass die neue Bundesregierung das Anpassungsgeld (APG) „entsprechend anpassen“ und um eine Qualifizierungskomponente für jüngere Beschäftigte ergänzen will. Wir fordern, das APG insbesondere von Stilllegungsterminen nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) zu entkoppeln. Das APG muss bei jeder Form politisch angestoßener Massenentlassung zur Anwendung kommen können, also auch infolge der ETS-Preisentwicklung oder infolge von reduzierten Zertifikate-Mengen für den CO₂-Ausstoß. Wir wollen, dass alle betroffenen Beschäftigten, die bis 2043 58 Jahre alt werden, einen Anspruch auf das APG erhalten.
8. Wir brauchen eine Transferagentur für jüngere und aktive Beschäftigte im Strukturwandel beim Jobtransfer. Kernanliegen ist der Transfer der Beschäftigten aus der Braunkohle und den dazugehörigen Zulieferern hin zu neuen Arbeitsverhältnissen – innerhalb und außerhalb der LEAG. Diese Aufgabe muss im Kern durch die Agenturen für Arbeit geleistet werden.
9. Um der Abwanderung der jungen Lausitzer Generation und um weiteren Fachkräftemangel in der Lausitz vorzubeugen, fordern wir länderübergreifend verstärktes Engagement. Es gilt die Lausitz als attraktiven Ausbildungsstandort zu stärken. So schlagen wir neue Formen der Verbundausbildung vor, in denen junge Menschen - branchenübergreifend - fit gemacht werden für den digitalen Wandel bzw. in Zukunftstechnologien ausgebildet werden können. Wir bieten auch hierfür unsere Mitarbeit an.
10. Kunst, Kultur und Tourismus spielen für eine weltoffene Lausitz eine wichtige Rolle, um das Profil der Region zu entwickeln. Damit dies tragen kann, müssen die Arbeitsbedingungen auch in diesen Wirtschaftsbereichen dringend in den Blick genommen werden. Wir fordern ein abgestimmtes und länderübergreifendes Fachkräftekonzept für die Region, das mit dem erforderlichen Marketing für die Gesamtregion entsprechend der Entwicklungsstrategie Lausitz 2050 verbunden wird.
11. Industrie, Handwerk und Handel müssen bei der Anbindung an die Infrastruktur Priorität eingeräumt werden. Damit ist der ÖPNV und andere Verkehrsinfrastruktur genauso gemeint wie schnelles Internet und mögliche Wasserstoffpipelines. Es braucht dringend bessere Schienenanbindungen in der Lausitz mit spürbaren Fahrzeitverkürzungen, u.a. nach Berlin, Dresden und Leipzig. Das stärkt die Wirtschaftsregion und macht das Pendeln mit dem eigenen Pkw überflüssig, senkt die Mobilitätskosten und minimiert den CO₂-Ausstoß.
12. Gute Schulen, Kitas und weitere öffentliche Dienstleistungen sind Grundvoraussetzung für die Attraktivität einer Region, in der Menschen gern leben und sich auch niederlassen wollen. Wir fordern Landesregierungen, Städte und Landkreise auf, ein verbindliches Zukunftsbild guter öffentlicher Dienstleistungen zu beschließen und dies durch eine Ausbildungsoffensive für erziehende und verwaltende Berufe zu untermauern.
13. Die DGB-Gewerkschaften in Berlin-Brandenburg und Sachsen schlagen den Ministerpräsidenten die Ausrichtung eines jeweils jährlich stattfindenden Transformationsgipfels in den Ländern Brandenburg und Sachsen mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern vor. Die Transformationsgipfel sollen als Impulsgeber für den Transformations- und Strukturwandelprozess und zur Beratung der Landesregierungen dienen.

Rückfragen an:

Christian Hoßbach, Vorsitzender DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, Anne Neuendorf, stellvertretende Vorsitzende DGB Bezirk Sachsen

